

Aus dem Inhalt

Neuer dfi-Präsident

**Erwin Teufel: „Europa
in eine bessere
Verfassung bringen“**

dfi Tagung

**Konferenz mit dem
Conseil économique
et social**

dfi Projekt

**Berufliche Bildung in
Deutschland
und Frankreich**



Szene aus Christian Carions
Kinofilm „Joyeux Noël“.

Informationen aus dem Deutsch-Französischen Institut Ludwigsburg Ausgabe 3 | 2005

Erasmus aus dem Geist der Schützengräben

Wie uns das Kino Europa erzählt

Was haben Cédric Klapischs „L'Auberge Espagnole – Barcelona für ein Jahr“ (2002) und Christian Carions „Joyeux Noël“ (2005) gemeinsam? Auf den ersten Blick nichts, außer dass sich zwei französische Regisseure gleichen Alters Themen angenommen haben, die auf unterschiedliche Weise für die Identitätsfindung Europas stehen.

Die mediterrane Komödie erzählt uns, wie kulturelle Vielfalt im heutigen Europa gelebt werden kann und Spaß macht. Die gesamteuropäische WG aus England, Frankreich, Belgien, Dänemark, Italien, Deutschland und Spanien

findet sich zu einem Erasmus-Jahr in Barcelona zusammen, erlebt die Leichtigkeit des Seins angesichts interkultureller Unterschiede, die neugierig machen und nicht vom Imperativ ihrer „Überwindung“ gezeichnet sind.

„Der Film ‚L'Auberge Espagnole‘ hat mehr zur Diskussion über europäische Identität beigetragen als alle Kommunikationsinitiativen der EU-Kommission zusammen“, so ein Beamter der EU-Kommission in bisher nicht gekannter Selbstkritik. Vor dem Hintergrund der „Phase des Nachdenkens“ darüber, wie nach den gescheiterten Referenden zur EU-Verfassung Europa den Bürgern wieder näher gebracht werden kann, muss es erstaunen, dass das Medium des Films als Vehikel eines europäischen Wir-Gefühls nicht stärker genutzt wird. Statt dessen sieht die jüngste Kommunikationsstrategie der EU einen „Plan D: Demokratie – Dialog – Diskussion“ vor, der den Bürger dorthin befördern soll, wo er noch nicht angekommen zu sein scheint: in Europa. 6 Mio. Euro

kostet dieser Plan, weit mehr als Klapischs Film.

„Joyeux Noël“, eine französisch-belgisch-deutsch-englisch-rumänische Koproduktion, erzählt hingegen die Geschichte Europas im 20. Jahrhundert aus dem Geist des Krieges, seiner Sinnleerheit und seines aus ihm hervorgehenden Versöhnungsgebots heraus. Im Vergleich der Kinokritiken ist augenfällig, dass die französische Auseinandersetzung mit dem Film um die historische Einordnung kreist, um das wenig gesicherte Wissen über Verbrüderungsszenen und spontane Waffenstillstände im Niemandsland zwischen den Schützengräben. Der Film wird zu Dokumentationen in Bezug setzt, die am 11. November ausgestrahlt wurden, womit auf andere Weise die Bedeutung des Ersten Weltkriegs für das kollektive Gedächtnis in Frankreich hervortritt. Die deutschen Rezensionen sind überwiegend formulierungsstarke Verrisse, brillant analysiert unter wirkungsästhetischen Gesichtspunkten im Vergleich zu anderen Antikriegsfilmen, versehen mit dem üblich ironischen Unterton des gebildeten Cineasten.

Dass Europa, wie häufig postuliert, eine Erfahrungsgemeinschaft darstelle, die durch die Kriegserfahrung Frieden und Freiheit als europäische Aufgabe betrachtet, wird mit diesem Film evident. Heute ist es paradoxerweise der Friedens- und Freiheitsdiskurs, der angesichts seiner Evidenz den EU-Bürger nicht mehr fesselt. Und die gemeinsame Erinnerung als europäischer Kitt? Das Diktum Alfred Grossers, man könne sich nicht an etwas erinnern, das man selbst nicht erlebt und erfahren habe, trägt natürlich eine unbezwingbare Logik in sich. Doch lässt sich die Breitenwirkung des Films kaum anders erklären als mit seiner Erinnerung daran, auf welchem Fundament Europa im 20. Jahrhundert gebaut wurde. Von all dem ist im Film freilich nicht die Rede. Es ist vielmehr die Eigenleistung des Zuschauers, das Gezeigte mit Heute in Bezug zu setzen. Darin besteht der eigentliche Erfolg des Films und... der europäischen Idee.

Wolfram Vogel (vogel@dfi.de)

„Europa in eine bessere Verfassung bringen“

Vortrag von Ministerpräsident a. D. Erwin Teufel nach seiner Wahl zum neuen Präsidenten des dfi

Erwin Teufel ist der 5. Präsident des dfi. Der Ministerpräsident a. D. wurde am 16. Dezember 2005 von der dfi-Mitgliederversammlung einstimmig gewählt, in der Nachfolge von Carlo Schmid, Rainer Barzel, Rudolf von Thadden und Kurt Lauk.

Der neue dfi-Präsident Teufel kennt Frankreich aus vielerlei Perspektiven: Als Junge, der am 20. April 1945 den Einzug der französischen Truppen in seine Heimatstadt Spaichingen erlebt hat, als Bürgermeister dieser Stadt, der rege Beziehungen zum Elsass und speziell zur Partnerstadt Solange gepflegt hat, als Fraktionsvorsitzender der CDU im baden-württembergischen Landtag, als Ministerpräsident und als Kulturbvollmächtigter für die deutsch-französischen Beziehungen, als Privatmann, der mit seiner Familie viele Regionen Frankreichs bereist hat.

Erwin Teufel übernimmt dieses Ehrenamt zu einem Zeitpunkt, wo große Herausforderungen auf die deutsch-französische Partnerschaft zukommen. Schwierig sind die Zeiten nicht zuletzt deshalb, weil Europa und seine Gründungsmitglieder Deutschland und Frankreich – für alle sichtbar – in eine Legitimationskrise geraten sind. Das zeigt sich an der Hängepartie um die Ratifizierung des Europäischen Verfassungsvertrags und am Selbstverständnis der Bürger, die deutliche Zweifel am Projekt Europa äußern. In Zeiten wie diesen ist es gut, so der Ludwigsburger Oberbürgermeister Werner Spec, einen Präsidenten zu haben, der visionäre Kraft mit der Fähigkeit verbindet, das als richtig Erkannte auch pragmatisch umzusetzen. Einen Präsidenten zudem, der viele



Erfolgreicher Stabwechsel an der Spitze des dfi: der alte Präsident des Instituts, Prof. Dr. Kurt Lauk (Mitte), zusammen mit seinem Nachfolger, Ministerpräsident a.D. Erwin Teufel, und Institutsleiter Prof. Dr. Frank Baasner.

mögliche Ehrenämter ausgeschlagen hat, um sich als dfi-Präsident der deutsch-französischen Aufgabe zu widmen.

Mit seinem Festvortrag, zu dem mehr als 500 Gäste, Freunde und Förderer des dfi ins Forum Ludwigsburg gekommen waren, zog der Präsident Teufel die Zuhörer in seinen Bann. Mit Immanuel Kant ging er davon aus, dass der Friede kein Naturzustand sei und deshalb der Friedensstifter bedürfe. Teufel zitierte dazu den Lothringer Robert Schuman, der zum Vater der Montanunion wurde, er gedachte der Rede von General de Gaulle an die deutsche Jugend, die

er 1962 im Ludwigsburger Schlosshof in deutscher Sprache gehalten hatte und er sprach davon, dass Deutsche und Franzosen sich seit einigen Jahren gegenseitig als „liebstes Land“ und als „liebstes Volk“ sehen.

Dann kam der dfi-Präsident zu seinem Lieblingsthema, dem Europäischen Verfassungsvertrag, dem er im Verfassungskonvent seinen Stempel aufdrücken konnte und der mittlerweile von 14 Staaten – und damit von der Mehrheit der EU-Bürger – ratifiziert wurde. Sie ist ein sperriger Begriff, die „Subsidiarität“, die sich für immer mit dem Wirken Erwin Teufels im Konvent verbinden wird.

Die Übersetzung ist für ihn ganz einfach: „Europa muss die richtigen Aufgaben wahrnehmen, die über die nationale Kraft hinausgehen“ und alles andere jeweils der Ebene (Kommune, Land, Nationalstaat) überlassen, die das „besser, effizienter und bürgernäher“ erledigen kann. Applaus brandete auf, immer wieder und besonders bei seinem Schlussplädoyer, als Teufel ausrief: „Das europäische Projekt darf nicht scheitern, weil ich nicht will, dass Europa im 21. Jahrhundert so aussieht wie in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Es soll vielmehr so aussehen, wie in der 2. Hälfte des vergangenen Jahrhunderts – und das ist jeden Einsatz wert!“



Der Vortrag des neuen dfi-Präsidenten stieß beim Publikum auf großes Interesse.

Brigitte Veit (veit@dfi.de)

Bildungspolitik im Zentrum der XXI. dfi-Jahrestagung

Gäste aus Wissenschaft, Politik und Verwaltung in Ludwigsburg – Gemeinsame Veranstaltung mit der DFH

Erziehung, Bildung, die Arbeitswelt und die Wirtschaft formen den Menschen, auch als Staatsbürger. Ein Schlüsselbereich, die Bildung, stand im Mittelpunkt der XXI. Jahrestagung des dfi, die diesmal gemeinsam mit der Deutsch-Französischen Hochschule (DFH) ausgerichtet wurde.

Zum Thema „Bildungspolitik im Wandel: Schule - Hochschule - Berufsbildung - Weiterbildung“ waren hochkarätige Referenten und rund 70 Gäste aus Wissenschaft, Verwaltung und Politik nach Ludwigsburg gekommen. Unter ihnen Antoine Durreleman, Direktor der französischen Elitehochschule ENA, Dr. Guy Haug von der Generaldirektion Bildung und Kultur der Europäischen Kommission, Prof. Albert Hamm, Präsident der DFH, Dominique Raulin, Generalsekretär des „Conseil national des programmes“ im französischen Bildungsministerium und Dr. Christof Eichert, Themenfeldleiter Bildung der Bertelsmann Stiftung.

Ausgangspunkt des Kolloquiums war folgende Überlegung: Wenn sich Wirtschaft und Gesellschaft im Zuge der europäischen Einigung, des Zusammenbruchs des kommunistischen Machtblocks und der Einführung von Informations- und Kommunikationstechnologien grundlegend ändern, können die Bildungssysteme davon nicht unberührt bleiben. Bildung wird dabei als „die Summe von Werten, Kompetenzen, Haltungen und Wissen eines Menschen verstanden, die er benötigt, um in einer sich ständig wandelnden Welt angemessene Entscheidungen treffen zu können“ (Dr. Eichert), als ein „Bereich gesellschaftlicher und politischer Verantwortung, bei dem in Frankreich immer auch die Grundwerte der Republik – unter dem Gesichtspunkt der *égalité* – zu diskutieren sind“ (Prof. Frank Baasner).

Was derartige Veränderungen für die französischen Bildungsminister bedeutet, schildert Generalsekretär Raulin so: Die langjährige Gewissheit, dass es ausreichend sein könnte, in den Schulen Lesen, Schreiben, Rechnen und Kenntnisse über große Persönlichkeiten zu vermitteln, ist in Frankreich nach der ersten Ölkrise von 1974 verloren gegangen. Seit damals wird versucht, das Bildungssystem zu reformieren und sich des Rates von Fachleuten zu versichern. Jüngste Initiative auf diesem Gebiet ist die Gründung des „Haut conseil de l'Education“ im Jahr 2004. Ihm gehören neun

Bildungsfachleute an, die von den höchsten Repräsentanten des Staates berufen werden.

Ein eindrucksvolles Beispiel erfolgreicher Hochschulkooperation zeigt die Deutsch-Französische Hochschule (DFH) mit Sitz in Saarbrücken. Ihr Präsident Prof. Albert Hamm konnte von 140 Partnerhochschulen berichten, die unter dem Dach der DFH zusammenarbeiten, von 4200 Studierenden, die in 109 integrierten binationalen und 12 trinationalen Studiengängen eingeschrieben sind, von einem Studium, das auf die Beherrschung von mindestens zwei Sprachen setzt, auf den

ler Eben wirken können und darüber hinaus in der Lage sein, im jeweils gegebenen Kontext zu handeln, zu vermitteln und zu einvernehmlichen Lösungen zu finden.

Ein „Espace européen de connaissance“, eine Europäische Wissensgesellschaft also, mit den Elementen „Forschung und Innovation“, „Bildung und (Berufs-)Ausbildung“, „Hochschulbildung“ und „Lebenslanges Lernen“ schwebt Dr. Guy Haug von der Europäischen Kommission vor, wenn er über den Bologna-Prozess im Bereich der Hochschulbildung und den bis 2010 angestrebten gemeinsamen



Momentaufnahme am Rande der diesjährigen dfi-Jahrestagung: der stellvertretende Direktor des dfi, Prof. Dr. Henrik Uterwedde, mit dem Generalsekretär der Deutsch-Französischen Hochschule, Stephan Geifes, und Prof. Dr. René Lasserre, Université de Cergy-Pontoise.

Erwerb von Fachwissen in Deutschland und Frankreich, auf die praktische Einübung interkultureller Kompetenz. Darüber hinaus hat die DFH seit 1999 rund 1000 Doktoranden und Nachwuchswissenschaftler gefördert.

Als „*école de gouvernance*“, in der die Modernisierung Europas im Bereich der staatlichen Verwaltung vorgedacht und vorbereitet wird, versteht sich die französische Elitehochschule Ecole Nationale d'Administration (ENA), die General de Gaulle 1945 gegründet hatte. Direktor Durreleman stellte ein Reformkonzept vor, mit dem die ENA angesichts veränderter Rahmenbedingungen künftig die Akteure der staatlichen Administration ausbilden wird. Diese werden auf nationaler und auf internationa-

Europäischen Hochschulraum spricht. Demgegenüber werden Bildungsziele nach wie vor als „Kernfragen der nationalen Politik und Kernfragen der gesellschaftlichen Entwicklungslinien“ betrachtet, wie Dr. Christof Eichert deutlich machte. Seine Forderung: „Gebt diesem Europa eine Seele“, baut auf einem gesellschaftlichen Bild von der Gesellschaft und den Menschen auf, das auf „Eigenverantwortung, Freiheit, Solidarität und Wettbewerb“ basiert. Einige der Beiträge werden als Themenschwerpunkt im Frankreich Jahrbuch 2005 abgedruckt.

Bericht: Brigitte Veit (veit@dfi.de)
Ansprechpartner:
Wolfram Vogel (vogel@dfi.de)

Grenzübergreifender Dialog stärkt das gemeinsame Handeln

Erste Jahreskonferenz der deutschen und französischen Organisationen aus Wirtschaft und Gesellschaft

In der deutsch-französischen Zusammenarbeit gibt es seit Jahrzehnten ein dichtes Netz von Organisationen und Vereinen, die sich dem Dialog der so genannten Zivilgesellschaft widmen. Auch wenn die Grenzen zwischen der politischen Sphäre und dem gesellschaftlichen Engagement schwer zu ziehen sind, ist doch klar, dass die enge Kooperation zwischen möglichst vielen Kräften die gegenseitige Kenntnis und das gemeinsame Handeln stärkt.

Am 6. und 7. Oktober fand auf Einladung des französischen Conseil économique et social (CES) in Paris die erste Jahreskonferenz der deutschen und französischen Organisationen aus Wirtschaft und Gesellschaft statt. Die Tagung wurde vom CES in Zusammenarbeit mit dem dfi konzipiert und ausgerichtet.

Der Conseil économique et social hat im französischen politischen System einen herausragenden Platz, da es sich um die in der Verfassung verankerte „dritte Kammer“ handelt, in der die Sozialpartner sowie Vereine und Organisationen des Dritten Sektors vertreten sind. Der CES kann von der Regierung als beratendes Organ angerufen werden, um seine Stellungnahmen in den Gesetzgebungsprozess einzubringen. Es ist dem CES und besonders seinem Präsidenten Jacques Dermagne ein wichtiges Anliegen, im Dialog mit deutschen Partnern aus Verbänden und Vereinen diejenigen politischen Fragen zu diskutieren, die unsere Gesellschaften gleichermaßen beschäftigen.

Das Thema von 2005 und der folgenden Jahre lautet: „Wettbewerbsfähigkeit und Innovation: Bedingungen für ein förderliches Umfeld“. Dieses breite Thema, das die zentrale Herausforderung für Politik und alle gesellschaftlichen Kräfte in Europa benennt, wurde dieses Jahr im Hinblick auf Ausbildung und Forschung



Teilnehmer an der vom dfi mitveranstalteten Jahreskonferenz des CES (v. l. n. r.): der deutsche Botschafter in Paris, Klaus Neubert, der Präsident des CES, Jacques Dermagne, und der französische Staatssekretär für Hochschule und Forschung, François Goulard.

betrachtet: „Berufliche Bildung auf dem Prüfstand“ und „Innovationsoffensiven“ lauteten die beiden Unterthemen, die von deutschen und französischen Referenten behandelt wurden.

Nach der feierlichen Eröffnung durch den Präsidenten des CES, Jacques Dermagne, und den deutschen Botschafter in Paris, Klaus Neubert, hielt der französische Forschungsminister François Goulard eine Ansprache, in der er die hohe Bedeutung unterstrich, die dem Thema der Tagung in der französischen Politik, aber auch in der deutsch-französischen Zusammenarbeit zukommt. Bilaterale Initiativen zur Innovationsförderung und zur Modernisierung der beruflichen Bildung sind nötig und möglich und gleichzeitig ein wichtiger Impuls für die gesamte Europäische Union.

Am Vormittag des 7. Oktober stand eine vergleichende Analyse der beruflichen Bildungssysteme im Vordergrund, bei der deutlich wurde, dass die klassische Gegenüberstellung (duales Ausbildungssystem in Deutschland versus schulisches Berufsbildungssystem in Frankreich) zwar noch Gültigkeit hat, heute aber nuanciert werden muss. In Frankreich gibt es interessante Bemühungen um mehr Ausbildung in den Betrieben, und in Deutschland erhalten mehr und mehr Jugendliche eine berufliche Erstausbildung in Fachschulen.

Am Nachmittag ging es dann um deutsche und französische Innovationspolitik, wobei die wirt-

schaftsnahe Forschungsförderung im Mittelpunkt stand. Der französische Ansatz zielt auf eine stärkere Vernetzung von mittelständischen Unternehmen und öffentlichen Forschungseinrichtungen, um die traditionell schwache Forschungstätigkeit des französischen Mittelstands zu verbessern. Anhand des besonders erfolgreichen Beispiels Baden-Württemberg, das in Forschungsausgaben, in Patentanmeldungen und in Universitätsrankings einen europäischen Spitzenplatz einnimmt, erläuterte der ehemalige Ministerpräsident und neue Präsident des dfi, Erwin Teufel, die Strategie eines deutschen Bundeslandes. Zum Abschluss berichtete Jean-Philippe Touffut vom Wirtschaftsforschungsinstitut Cournot von den deutsch-französischen Initiativen zu mehr Innovation, die von der 2004 eingesetzten Arbeitsgruppe unter Leitung von Jean Louis Beffa und Gerhard Cromme in Angriff genommen worden sind.

An der Konferenz nahmen 30 hochrangige Vertreter aus deutschen Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften und Verbänden des Dritten Sektors teil, auf französischer Seite ca. 30 Vertreter des Conseil économique et social. Anlässlich der Konferenz hat das dfi im Auftrag des CES ein umfangreiches deutsch-französisches Dossier erstellt. Die zweite Jahreskonferenz wird im Herbst 2006 das Rahmenthema unter einem anderen Gesichtspunkt behandeln.

Frank Baasner (baasner@dfi.de)

Persönliches

Personelle Veränderungen in der Frankreich-Bibliothek

Nach langen Jahren der Tätigkeit für das dfi sind in diesem Jahr Frau Véronique Herbst und Frau Erika Hertlein in den Ruhestand getreten. Beide Kolleginnen haben im Laufe ihrer verdienstvollen Tätigkeit für das dfi verschiedenste Aufgaben wahrgenommen und waren zuletzt in der Frankreich-Bibliothek beschäftigt. Ihre Nachfolge haben Frau Martina Ortenreiter und Frau Anja Ekert angetreten.

Demographischer Wandel und Kommunalpolitik

„Demographischer Wandel und Kommunalpolitik in Frankreich und Deutschland“ lautete der Titel des Workshops, zu dem Wüstenrot Stiftung und dfi (im Rahmen des gemeinsamen und gleich lautenden Forschungsprojektes) am 29. und 30. September 2005 nach Ludwigsburg eingeladen hatten. Rund 30 Kommunalpolitiker, Städteplaner und Wissenschaftler waren gekommen. Sie suchten den direkten Vergleich zwischen Frankreich und Deutschland in den Dimensionen Demographieentwicklung und kommunalpolitische Handlungsmöglichkeiten, verbunden mit der Frage, ob sich aus der Gegenüberstellung von Stadtentwicklungskonzepten neue Impulse für die eigene Arbeit gewinnen lassen. Konkret betrachtet wurden Rennes und Stuttgart, zwei Städte die wachsen, und Saint Etienne und Gelsenkirchen, zwei schrumpfende Städte.

Erst im Vergleich wurde klar, dass Deutschland und Frankreich bei allen Gemeinsamkeiten (eine älter werdende Bevölkerung und wachsende Zuwanderung, die neue Formen der Integration notwendig machen) zum Teil ganz unterschiedliche Wege gehen. Dazu zwei Stichworte: Ein monozentrisches Land wie Frankreich kann flächendeckend Vorgaben für die



Diskutierten angeregt über die städtebaulichen Auswirkungen des demographischen Wandels (v. l. n. r.): Dr. Hansjörg Bucher, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Wolfgang Neumann, dfi, Dr. Stefan Krämer, Wüstenrot Stiftung, und Prof. Dr. Hervé Le Bras, Ecole des hautes études en sciences sociales.

Standortentwicklung der Städte machen, anders als das polyzentrische Deutschland.

Zudem steht Frankreich mit einer Geburtenrate von 1,9 Kindern pro Familie anders da als Deutschland, das seit 1975 eine Geburtenrate von 1,4 Kindern pro Familie hat. Vor diesem Hintergrund machte das tatkräftige und umsichtige Handeln der Stadtväter von Saint Etienne-Métropole durchaus Eindruck. Sie glauben an ihre Stadt und verfügen über 50 Millionen Euro an staatlichen Zuschüssen für deren strategische Neuausrichtung. Die einstmals bedeutende Kohlestadt Gelsenkirchen hat

weit weniger an Unterstützung zu erwarten, dafür aber den Trumpf, dass sie 2006 die Fußball-WM mit ausrichten wird.

Die Ergebnisse des Workshops werden im Frühjahr 2006 als zweisprachige Publikation erscheinen. Wüstenrot Stiftung und dfi sind übereingekommen, den begonnenen deutsch-französischen Dialog über das konkrete Projekt hinaus in der Zukunft fortzuführen und zu intensivieren.

Bericht: Brigitte Veit (veit@dfi.de)

Ansprechpartner:

Wolfgang Neumann (neumann@dfi.de)

7. Deutsch-Französischer Dialog in Otzenhausen

„Deutschland und Frankreich im neuen Europa“

Der Verfassungsvertrag und die Frage, wie es mit Europa weitergehen wird, wenn wichtige Staaten wie Frankreich, die Niederlande und Großbritannien im Rahmen der Referenden „Nein“ sagen, beschäftigten die rund 140 Teilnehmer aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft, die am 19. und 20. Mai 2005 zum 7. Deutsch-Französischen Dialog in die Europäische Akademie Otzenhausen ins Saarland

gekommen waren. Getragen wird der Dialog von der ASKO Europa-Stiftung, dem dfi, dem Institut für Europäische Politik in Berlin, dem Lehrstuhl für Internationale Politik der Universität Trier und dem Centre International de Formation Européenne in Nizza.

Einige Zitate mögen die Spannbreite des Dialogs zum Thema „Deutschland und Frankreich im neuen Europa“ dokumentieren:

Wenn „Angst die Debatten beherrscht“ wie in Frankreich (Senator Hubert Haenel, Paris) und „die Politik herausgefordert wird, das Gespräch mit den Bürgern zu suchen“ (Botschafter a. D. Joachim Bitterlich, Paris), ist absehbar, dass die Debatte über die Identität und Legitimität von Europa weitergehen wird, unabhängig von den Ergebnissen der Volksabstimmungen. Der Grund für die Beunruhigung lässt sich mit dem Begriff des „sozialen Kokon“ (Prof. Anne-Marie Le Gloannec, Berlin) umschreiben, eines Schutzraumes, den Europa über Jahrzehnte geboten hat, der nun brüchig geworden ist. Gelassener sieht Arno Krause, Gründervater der ASKO Europa-Stiftung und Erfinder des Deutsch-Französischen Dialogs in Otzenhausen die Situation: „Diejenigen, die heute die Europäische Verfassung nicht wollen, sind schon seit 50 Jahren auf der anderen Seite und trotzdem ist Europa weiter gekommen. Gerade deshalb ist es unsere Aufgabe, neben dem Europa der Staaten das Europa der Regionen und der Bürger zu schaffen.“



Moderatoren und Referenten beim 7. Deutsch-Französischen Dialog. Zu der Veranstaltung ist eine Publikation erschienen: ASKO Europa-Stiftung (Hrsg.): Deutschland und Frankreich im neuen Europa: Diskussionsbericht zum 7. Deutsch-Französischen Dialog am 19./20. Mai 2005 in der Europäischen Akademie Otzenhausen. – Saarbrücken: ASKO Europa-Stiftung, 2005. – 59 S., [online verfügbar](#).

Bericht: Brigitte Veit (veit@dfi.de)

Ansprechpartner:

Henrik Uterwedde (uterwedde@dfi.de)

Für ein neues Modell grenzüberschreitender Zusammenarbeit

Mehr als 80 geladene Gäste drängten sich am 15. April 2005 in den Räumen des Club de la Presse in Straßburg bei der Vorstellung der neuen Publikation des dfi zum Thema „Deutschland-Frankreich: Zusammenarbeit im grenznahen Raum von Mulhouse bis Saarbrücken. Eine analytische Bestandsaufnahme“.

Unter dem Stichwort „Für ein neues Modell grenzüberschreitender Zusammenarbeit“ haben von deutscher Seite Dr. Wolfgang Schäuble und von französischer Seite der Außenhandelsminister der französischen Republik François Loos zur aktuellen Situation und zu den Zukunftsperspektiven Stellung genommen. Die beiden prominenten Redner haben einmütig die Schlussfolgerungen des vom dfi vorgelegten Berichts als zutreffend unterstützt:

Es muss ein qualitativer Sprung in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit gelingen, wenn man am europäischen Projekt festhalten und die Bürger einbinden will.

Diese Einschätzung haben auch der Präsident der Fondation Entente Franco-Allemande, Minister a. D. André Bord, und der Vertreter der elsässischen Wirtschaft, Alexis Lehmann, in ihren Beiträgen geteilt.

Einige wichtige Punkte der Diskussion mit dem hochrangigen und kompetenten Publikum können festgehalten werden:



Plädierten für eine Optimierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit (v. r. n. l.): Dr. Wolfgang Schäuble, heute Bundesinnenminister, François Loos, französischer Außenhandelsminister, und André Bord, Minister a. D. und Präsident der Fondation Entente Franco-Allemande.

- Grenzregionen sind diejenigen Gebiete, in denen die Mehrheit der europäischen Bürger die gelebte Realität europäischer Integration erfahren kann.
- Die Zukunft der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit wird davon abhängen, wie viel Kompetenztransfer die nationale Ebene genehmigen wird.
- Die grenznahen Regionen sind gut beraten, einen eigenständigen Status gegenüber der EU-Kommission einzufordern.
- Das grundlegende Demokratiedefizit der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit kann nur behoben werden, wenn es eine neue Form des Abgeordneten gibt, der für die Region gewählt wird und einen grenzüberschreitenden Haushalt zu verantworten hat.

Eine solche Konstruktion würde es erlauben, vom Prinzip der Einstimmigkeit bei allen Projekten zugunsten von qualifizierten Mehrheiten wegzukommen.

Es gilt, neue Visionen zu entwickeln, um dann die einzelnen konkreten Schritte gehen zu können – zur Zeit fehlt es nicht am guten Willen, sondern an Denkanstößen für die Zukunft.

Die Studie, die Grundlage der Veranstaltung war, ist das Ergebnis der Projektkooperation zwischen der Fondation Entente Franco-Allemande und dem dfi. Weitere Projektetappen werden folgen.

Wolfgang Neumann (neumann@dfi.de)

Für französische Journalisten

Seminar „Deutschland vor der Bundestagswahl 2005“

Seit Jahren führt das Institut unter Leitung von Wolfgang Neumann (seit 2005 gemeinsam mit Frank Baasner) und der organisatorischen Verantwortung von Hannelore Braun Seminare für deutsche und französische Journalisten durch. Sie zielen auf eine verstärkte Fundierung aktueller Medienberichterstattung. Dazu wurden verschiedene Formen von Fach- und Informationsseminaren entwickelt. Leitmotiv ist es, Hintergrundinformation zu erschließen und den Vertretern der deutschen und französischen Presse einen qualifizierten Zugang zur Selbstinformation anzubieten.

Auch 2005 wurde für die Robert Bosch Stiftung ein Seminar für französische Journalisten der großen regionalen Tageszeitungen durchgeführt. Es fand vom 6. -11. September 2005 in Berlin und Stuttgart statt. Thema: „Deutschland vor der Bundestagswahl 2005“. Das Seminar bot den französischen Pressevertretern die Gelegenheit zu Gesprächen und Interviews mit Vertretern und Kandidaten der wichtigsten politischen Parteien, so z.B. mit dem ehemali-



Stand den französischen Journalisten Rede und Antwort: Matthias Wissmann (MdB).

gen Minister und Vorsitzenden des Europaausschusses des Bundestags Matthias Wissmann (CDU), mit der Parlamentarischen Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion Ute Kumpf und der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Angelica Schwall-Düren (SPD).

Auch in weiteren Gesprächsrunden mit Vertretern aus Wirtschaft und Gesellschaft und nicht

zuletzt mit herausragenden politischen Repräsentanten wie dem früheren baden-württembergischen Ministerpräsidenten Erwin Teufel konnten die französischen Journalisten sich ein konkretes Bild der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lage Deutschlands am Vorabend der Bundestagswahl machen.

Die im Anschluss an das Informationsseminar veröffentlichten Artikel der franzö-

sischen Journalisten werden in der Reihe „Seminare für französische Journalisten – Analyse und Dokumentation“ der Robert Bosch Stiftung publiziert und sind beim dfi abrufbar.

Wolfgang Neumann (neumann@dfi.de)
Hannelore Braun (braun@dfi.de)

Berufliche Bildung in Deutschland und Frankreich

Berufliche Bildung in Deutschland und Frankreich muss sich im Spannungsfeld von zunehmender Internationalisierung der Arbeitswelt und gleichzeitiger Veränderung der nationalen Märkte behaupten. Darüber hinaus ist die Tatsache zu berücksichtigen, dass eine wachsende Zahl von Schulabgängern nicht mehr über die erforderliche Ausbildungsreife verfügt.

Hochrangige Vertreter der 17 Deutsch-Französischen Wirtschaftsclubs (Clubs d'Affaires Franco-Allemands) beider Länder, insgesamt gut 150 Personen, beteiligten sich am 6. Internationalen Treffen am 6. Mai in Stuttgart, das vom Bundesinstitut für Berufsbildung in Berlin (BIBB), dem dfi in Ludwigsburg und dem CIRAC in Paris (Centre d'Information et de Recherche sur l'Allemagne contemporaine) ausgerichtet wurde. Eine aktuelles Dossier, das über das dfi zu beziehen ist, liefert umfangreiche Materialien für die Praktiker der Berufsausbildung – zu den Berufsbildungssystemen, zur Jugendarbeitslosigkeit, zu künftigen Qualifikationsprofilen – und erläutert die Möglichkeiten eines nunmehr gesetzlich verankerten Rechts auf Weiterbildung. Drei Schlaglichter verweisen auf absehbare Verbesserungen deutsch-französischer Zusammenarbeit:

1. Das reformierte bundesdeutsche Berufsbildungsgesetz schafft die Möglichkeit, einen Teil der Ausbildungszeit im Ausland zu verbringen



und diesen auch anerkennen zu lassen.

2. In der „Gemeinsamen (deutsch-französischen) Erklärung auf dem Gebiet der beruflichen Bildung“ vom 26. Oktober 2004 wird die generelle Vergleichbarkeit von französischen und deutschen Abschlusszeugnissen in der Berufsbildung geregelt. Diese Erklärung bildet das rechtliche Fundament der grenzüberschreitenden, beruflichen Mobilität von Arbeitnehmern.

Blick auf das Podium. Zu der Veranstaltung ist eine Publikation erschienen: Deutsch-Französisches Institut [u.a.] (Hrsg.): Berufliche Bildung in Deutschland und Frankreich: Dossier für die Jahrestagung des Club d'Affaires Franco-Allemand; Stuttgart, 5. - 7. Mai 2005 = Formation professionnelle en France et en Allemagne. – Bonn : BIBB, 2005. – 45,47 S. Unter diesem [Link](#) online verfügbar.

3. Darüber hinaus werden in beiden Ländern ernsthafte Überlegungen angestellt, wie eine wachsende Gruppe benachteiligter jugendlicher wirksam gefördert werden könnte. Dies verbindet sich mit der Forderung nach verbindlichen Leistungsstandards, vor allem für die Schulabschlüsse.

Bericht: Brigitte Veit (veit@dfi.de)
Ansprechpartner:
Frank Baasner (baasner@dfi.de)

Projekt „Zukunft Oberrhein im erweiterten Europa“

Häufig wird beklagt, dass es an empirisch gesicherten und verwertbaren Erkenntnissen über die Qualität, die Strukturen und den Ertrag grenzüberschreitender Zusammenarbeit am Oberrhein fehle.

Zur Vorbereitung und wissenschaftlichen Begleitung des 10. Dreiländerkongresses am 9. Februar 2006 („Zukunft Oberrhein im erweiterten Europa“) wurde daher das dfi von der Ré-

gion Alsace, dem Regierungspräsidium Freiburg sowie der Regio Basiliensis mit der Durchführung einer Erhebung bei ausgewählten Akteuren der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit beauftragt. Es sollten Erkenntnisse zusammengetragen werden, die aus den verschiedenen Formen der grenzübergreifenden Kooperation hervorgehen. Ziel der Erhebung war es, Aussagen über den Acquis grenzüber-

schreitender Zusammenarbeit zu erhalten, Kooperationsprobleme in den unterschiedlichsten Bereichen zu identifizieren und vor allem Pisten für die zukünftige Entwicklung der Oberrheinregion im Kontext der EU-25 zu liefern. Die Ergebnisse der Studie werden veröffentlicht.

Wolfram Vogel (vogel@dfi.de)

Neu: Frankreich-Bibliothek bietet virtuelles Bücherregal

Um auch den Personen, die noch unerfahren im Umgang mit Online-Bibliothekskatalogen sind, einen ersten Einblick in den reichen Bestand der Frankreich-Bibliothek zu gewähren, bietet das dfi in seinem Internetangebot einen neuen Service an: das [virtuelle Bücherregal](#). Durch einfaches Klicken auf Links zu bestimmten Themen – z.B.

„Frankreich“ oder „Deutsch-französische Beziehungen – werden auf dem Bildschirm weitere Rubriken zum jeweiligen Thema angezeigt. Diese können durch nochmaliges Klicken weiter differenziert werden, bis schließlich – umgekehrt chronologisch geordnet – die Titel aus dem Buchbestand der Frankreich-Bibliothek angezeigt werden, die

dem gewählten Thema entsprechen. Wer sich also schnell und unkompliziert über die neusten Buchtitel z.B. zum Thema der deutsch-französischen Zusammenarbeit in Grenzregionen informieren möchte, ist eingeladen, dieses neue Angebot zu nutzen.

Sebastian Nix (nix@dfi.de)

Ein bedeutendes Editionsprojekt

Bismarcks spanische „Diversions“ 1870 und der preußisch-deutsche Reichsgründungskrieg. Quellen zur Vor- und Nachgeschichte der Hohenzollern-Kandidatur für den Thron in Madrid 1866–1932. In 3 Bänden hrsg. v. Josef Becker unter Mitarbeit v. Michael Schmidt. – Band I: Der Weg zum spanischen Thronangebot (Spätjahr 1866 – 4. April 1870). – 2003. – LXXXVI, 538 S., 137 Euro. – Band II: Aus der Krise der kleindeutschen Nationalpolitik in die preußisch-französische Julikrise 1870 (5. April 1870 – 12. Juli 1870). – 2003. – 633 S., 137 Euro – Band III: noch nicht erschienen.

Signatur in der Frankreich-Bibliothek: WB 520.BIS

Für die historische Betrachtung der deutsch-französischen Beziehungen kommt auch aus heutiger Perspektive der Interpretation jener Vorgänge, welche

schließlich zum Ausbruch des deutsch-französischen Krieges von 1870/71 führten, eine wichtige Bedeutung zu. Je nach Blickwinkel wird eher das durchkalkulierte Agieren Bismarcks oder aber der expansionistische Drang Frankreichs als eine wesentliche Ursache des Krieges gedeutet; pointiert formuliert geht es also um die Frage, ob Bismarck einen provozierten Krieg gegen Frankreich als potentielles Mittel für die Realisierung der deutschen Einigung bewusst in seine Überlegungen miteinkalkulierte, oder ob der Kriegsausbruch eher die fast schon zwangsläufige

Konsequenz der ungeschickten französischen Politik unter Napoleon III. war. Einen wichtigen Aspekt für die jeweilige Bewertung bildet natürlich auch der eigentliche Auslöser der Krise im Sommer 1870, die Kandidatur des Erbprinzen Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen für den spanischen Thron und die Frage, welche Rolle der preußische Ministerpräsident dabei spielte.

Verständlicherweise herrschte in Deutschland bis 1945 das Bemühen vor, die Entwicklung, welche schließlich 1871 zur Gründung des kleindeutschen Nationalstaats führte, als plausible Fortsetzung der deutschen Einigungsbestrebungen seit Beginn des 19. Jahrhunderts darzustellen. Bismarcks Politik konnte dieser Sichtweise zufolge zwar eine, den Gang der Ereignisse möglicherweise etwas beschleunigende, Katalysatorfunktion zugestanden werden, grundsätzlich wurde die deutsche Einigung unter preußischer Führung aber vorwiegend als organische, logische Folge des Einigungswillens des Norddeutschen Bundes und der süddeutschen Staaten dargestellt. Deswegen ist es kein Zufall, dass die preußischen Geheimakten zur spanischen Thronkandidatur bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs unter Verschluss gehalten wurden. Erst im Jahr 1957 veröffentlichte der französischstämmige britische Historiker Georges Bonnin die im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes lagernden Dokumente, allerdings in einer englischen Übersetzung (s. Georges Bonnin (Hrsg.): *Bismarck and the Hohenzollern Candidature for the Spanish Throne: the Documents in the German Diplomatic Archive*. Translated by Isabella M. Massey. – London 1957). Im Gegensatz zu beispielsweise den wichtigsten Akten aus dem Fürstlich-Hohenzollernschen Hausarchiv (s. Jochen Dittrich: *Bismarck, Frankreich und die spanische Thronkandidatur der Hohenzollern: die „Kriegsschuldfrage“ von 1870*. – München 1962), lagen die preußischen Geheimakten bisher also nicht in ihrer sprachlichen Originalfassung vor.

Im Jahr 2003 legte nun der emeritierte Augsburger Professor Josef Becker die ersten beiden einer auf drei Bände konzipierten Edition vor, in welcher er unter anderem diese Dokumente erstmals in authentischer Form veröffentlicht. Außerdem wurden in der Edition die zum Teil bereits publizierten Bestände aus dem Hohenzollern-Archiv mit interessanten Dokumenten aus Sigmaringen und

Bukarest ergänzt und wichtige Quellen aus den Monarchen-Nachlässen im Brandenburgisch-Preußischen Hausarchiv erschlossen, wobei hier insbesondere die Korrespondenz zwischen König Wilhelm I. und Königin Augusta sowie die Auszüge aus den Tagebüchern des Kronprinzen Friedrich Wilhelm hervorzuheben sind.

Becker, der sich im Laufe seiner wissenschaftlichen Karriere intensiv mit den Umständen der Reichsgründung von 1871 auseinandergesetzt hat und ohne jeden Zweifel einer der tiefsten Kenner dieser Epoche ist, hat seiner Dokumentensammlung eine ausführliche, 78 Seiten umfassende Einleitung vorangestellt, in welcher er auf die Rahmenbedingungen der Publikation, aber auch auf den Stand der wissenschaftlichen Forschung zu diesem Thema eingeht. Darin vertritt er, wie auch in seinen früheren Arbeiten, gegenüber Bismarck eine ausgesprochen kritische Haltung und nimmt in seiner Argumentation immer wieder Bezug auf die in der vorliegenden Edition publizierten Dokumente. Eine zentrale Rolle kommt dabei Bismarcks sogenannter spanischer „Diversions“-Depesche an den Gesandten Prinz Reuß in St. Petersburg vom 9. März 1869 (Band I, S. 104 ff.) zu, in welcher der Ministerpräsident auf die „Komplikation der europäischen Verhältnisse“ zu sprechen kommt und dabei feststellt, dass man diesen eine „andere Wendung“ geben könne: „Wir würden dann unsere Beteiligung an der Seite Russlands durch eine Haltung und ein Vorgehen herbeizuführen suchen, welches Frankreich zum Angriffe oder zur Bedrohung Deutschlands nötigte. Truppenaufstellungen, nationale Manifestationen in Deutschland und Italien sowie unsere Beziehungen zu Belgien, selbst zu Spanien, würden uns Gelegenheiten zu Diversionen bieten, welche unser Eingreifen herbeiführten, ohne demselben gerade die Form eines aggressiven Cabinetskrieges zu geben.“ Da diesem Dokument der ursprüngliche Entwurf für das Schreiben gegenübergestellt ist, wird ersichtlich, dass Bismarck den Verweis auf Spanien eigenhändig eingefügt hat. Die Entwicklung im Frühjahr und Sommer 1870 entsprach bekanntlich sehr weitgehend jenem im März 1869 als Planspiel entworfenem Szenario. Becker sieht dadurch seine These bestätigt, dass Bismarck die Krise im Sommer 1870 planmäßig herbeiführte und den „nationalen Unionskrieg“ schließlich durch die „bedenkenlosen Manipulationen [...] mit der ‚Emser Depesche‘ und in Übereinstimmung mit der Taktik, die er im Vorjahr [...] skizziert hatte“ bewusst auslöste (Band I, S. LXXVIII f.).

Die kritische Einschätzung der Rolle Bismarcks in Josef Beckers früheren Arbeiten blieb nicht ohne Widerspruch: So setzte beispielsweise Eberhard Kolb deutlich andere Akzente und wies wiederholt auf die hegemonialen Bestrebungen Frankreichs hin, die eine Gegenreaktion des preußischen Ministerpräsidenten provoziert hätten (s. Eberhard Kolb: *Der Weg aus dem Krieg. Bismarcks Politik und die Friedensanbahnung 1870/71*. – München 1989). Auch Bismarck-Biograph Lothar Gall kam bei seiner Beschäftigung mit dem preußischen Ministerpräsidenten zu einem deutlich milderem Urteil (s. Lothar Gall: *Bismarck: der weiße Revolutionär*. – Frankfurt am Main 1980). Mit der vorliegenden Quellenedition will Becker nun den endgültigen Nachweis erbringen, dass Bismarck maßgeblich für den Kriegsausbruch im Juli 1870 verantwortlich war und dabei die Kandidatur des Erbprinzen Leopold auf den spanischen Thron schon spätestens seit Frühjahr 1869 in seine Überlegungen mit einbezog.

Man kann sich darüber streiten, ob die Depesche vom März 1869 tatsächlich den Rückschluss erlaubt, dass Bismarck schon zu diesem Zeitpunkt in seiner Politik gegenüber Frankreich ein konkretes, planmäßiges Ziel verfolgte; in ihrer Gesamtheit verdeutlichen die in den zwei Bänden versammelten Dokumente jedoch den aktiven Konfrontationskurs, den der preußische Ministerpräsident gegenüber Frankreich steuerte. Diese Politik nahm – so viel lässt sich auf jeden Fall sagen – den Ausbruch eines Krieges zumindest in Kauf.

Die Frage nach den Ursachen für den Kriegsausbruch von 1870 wird mit Sicherheit auch weiterhin diskutiert werden. Für komplizierte Fragen gibt es bekanntlich keine einfachen Lösungen, und monokausale Antworten

Fortsetzung nächste Seite

Zusammenarbeit im grenznahen Raum von Mulhouse bis Saarbrücken



Frank Baasner/Wolfgang Neumann:
Zusammenarbeit im grenznahen Raum von Mulhouse bis Saarbrücken: eine analytische Bestandsaufnahme = France – Allemagne: coopération dans la grande région frontalière de Mulhouse à Sarrebruck: un état des lieux. – Ludwigsburg: dfi, 2005. – 158 S., 8 Euro

Spätestens mit der Erweiterung der Europäischen Union ist grenzüberschreitende Kooperation von der

Peripherie in das Zentrum europäischer Lebenswirklichkeit gerückt. Der deutsch-französischen Kooperation kommt dabei exemplarische Bedeutung zu. Die langjährigen und reichen Erfahrungen der Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg können auch für andere Partner nutzbar gemacht werden – zugleich müssen sie aber auch substantiell weiter entwickelt werden. Eine qualitative Verbesserung grenzüberschreitender

Kooperation – gleichsam ein Quantensprung – ist als Beitrag für den europäischen Prozess der Integration und Vertiefung unerlässlich. Vor diesem Hintergrund haben die Fondation Entente Franco-Allemande und das Deutsch-Französische Institut eine Initiative gestartet, die der deutsch-französischen Zusammenarbeit neue Anstöße geben soll und die europäische Dimension grenzüberschreitender Zusammenarbeit in den Mittelpunkt stellt.

Das hier vorgelegte dfi compact Nr. 4 versteht sich als einen wichtigen Baustein zur Fortentwicklung dieser Kooperation. Es will Informationen zusammentragen und die wichtigsten Strukturen und Bereiche der Zusammenarbeit übersichtlich darstellen. Darüber hinaus will diese Bilanz aber auch eine analytische Betrachtung bieten, in der Stärken und Schwächen der bestehenden Formen grenzüberschreitender Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich benannt und Vorschläge für die weitere Gestaltung grenzüberschreitender Kooperation formuliert werden.

Frank Baasner (baasner@dfi.de)

Wolfgang Neumann (neumann@dfi.de)

Bitte beachten Sie auch den Artikel „Für ein neues Modell grenzüberschreitender Zusammenarbeit“ zum gleichen Thema in dieser Ausgabe von dfi aktuell.

Frankreichs V. Republik – ein Regierungssystem im Wandel



Joachim Schild/Henrik Uterwedde (Hrsg.): *Frankreichs V. Republik: ein Regierungssystem im Wandel. Festschrift für Adolf Kimmel.* – Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2005. – 243 S., 29,90 Euro

Die V. französische Republik hat sich als bemerkenswert stabil erwiesen: im Hinblick auf die Verfassungsordnung, aber auch auf die Regierungstabilität. Hat sie damit die Regier-

barkeit Frankreichs wiederherstellen können? Die Autoren behandeln diese Frage mit einem Blick auf längerfristige Entwicklungs- und Wandlungstendenzen der V. Republik, ihrer Verfassung und Kerninstitutionen, ihrer Parteien und ihrer Formen des Regierens. Dabei ergibt sich das Bild einer großen Anpassungsfähigkeit der „lebendigen Verfassung“ und ihrer zentralen Akteure. Diese stehen allerdings vor der Herausforderung, die Formen und Ambitionen des Regierens vor dem Hintergrund der zunehmenden internationalen und europäischen Einbindung Frankreichs neu zu definieren.

Henrik Uterwedde (uterwedde@dfi.de)

Frankreich Jahrbuch 2005: „Bildungspolitik im Wandel“



Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.): *Frankreich Jahrbuch 2005: Bildungspolitik im Wandel.* – Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2005. – ca. 300 S. Erscheint Anfang 2006.

Die Bildungspolitik in Frankreich unterliegt einem tiefgreifenden Wandel. Die Integrationskraft der Schule ist an ihre Grenzen gestoßen, vor-

mal große Projekte wie die ZEP (Zones d'éducation prioritaire) stehen unter zunehmend kritischer Betrachtung, das Schulleitungspersonal hat nur begrenzten Handlungsspielraum. Im Hochschulwesen stellen Globalisierung und Europäisierung („Bologna-Prozess“) sowohl die Grandes Ecoles als auch die Universitäten vor neue Herausforderungen.

Das Frankreich Jahrbuch greift alljährlich ein Thema der gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen oder kulturellen Aktualität auf, das den Schwerpunkt eines Bandes bildet. Daneben versammelt es wissenschaftliche Beiträge aus Politik-, Wirtschafts- und Kulturwissenschaft. Ein umfangreicher Dokumentationsenteil mit Jahreschronik, sozioökonomischen Basisdaten sowie einer umfassenden Bibliographie deutschsprachiger Literatur zu Frankreich machen das Frankreich Jahrbuch zu einem aktuellen Nachschlagewerk.

Wolfram Vogel (vogel@dfi.de)

Fortsetzung

greifen gerade bei historischen Erklärungsversuchen beinahe immer zu kurz. Eines aber lässt sich bereits vor der Veröffentlichung des dritten Teilbandes dieser Dokumentensammlung feststellen: Für jeden, der sich künftig fundiert mit der Vorgeschichte des deutsch-französischen Krieges und der Reichsgründung von 1871 beschäftigen will, wird die überaus verdienstvolle Edition von Josef Becker ein unverzichtbares Hilfsmittel darstellen.

Ansbert Baumann

Gérer la diversité culturelle

Vom Umgang mit kulturellen Unterschieden zwischen Franzosen und Deutschen in theoretischer und praktischer Perspektive



Frank Baasner (Hrsg.): *Gérer la diversité culturelle: théorie et pratique de la communication interculturelle en contexte franco-allemand.* – Frankfurt a.M. ... : Peter Lang, 2005. – 200 S., 39 Euro

Seit vielen Jahren ist eine stetige Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Franzosen und Deutschen zu beobachten. In diesen Prozess sind alle Bereiche der Wirtschaft und staatlichen Handelns einbezogen.

Trotz großer Ähnlichkeiten zwischen der deutschen und der französischen Gesellschaft treten bei dieser Zusammenarbeit doch auch immer wieder Probleme auf. Der vorliegende Band – mit Beiträgen in französischer Sprache – behandelt Fragen der interkulturellen Kommunikation zwischen Deutschen und Franzosen aus theoretischer und praktischer Perspektive. Im Mittelpunkt der theoriebezogenen Beiträge stehen methodische Fragen und zukünftige Forschungsfelder. Praxisbezogene Fallstudien zielen auf eine konkrete Verbesserung der deutsch-französischen Zusammenarbeit im Alltag ab. Gegenstand des letzten Kapitels bildet schließlich die Frage nach dem Wesen interkultureller Kompetenzen.

Frank Baasner (baasner@dfi.de)

Länderbericht Frankreich



Adolf Kimmel/Henrik Uterwedde (Hrsg.): *Länderbericht Frankreich: Geschichte, Politik, Wirtschaft Gesellschaft.* 2., überarb. Aufl. – Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2005. – 480 S., 29,90 Euro.

Im Zeitalter von Globalisierung und europäischer Integration ist der Nationalstaat einem starken Anpassungsdruck ausgesetzt. Dies hat auch in Frankreich zu tief greifenden

Veränderungen geführt. Wengleich sich manche Besonderheiten unseres Nachbarlandes auf diese Weise abgeschwächt haben, kann doch von einem Verlust nationaler Identität keine Rede sein – zu groß ist die Prägestärke der historisch verankerten Strukturen, Institutionen, Wertvorstellungen und Verhaltensweisen in Frankreich. Das Frankreich des 21. Jahrhunderts, dessen Konturen und Leistungen, Probleme und Veränderungen im Mittelpunkt dieses Bandes stehen, wird auch künftig ein Partner mit unverwechselbarem Profil bleiben.

Henrik Uterwedde (uterwedde@dfi.de)

Frankreich und Deutschland im größeren Europa

Welche Wege führen zu Stabilität und Wachstum?



Joachim Lange/Henrik Uterwedde (Hrsg.): *Frankreich und Deutschland im größeren Europa: auf welchen Wegen zu Stabilität und Wachstum? – Rehburg-Loccum: Evangelische Akademie Loccum, 2005. – 200 S., 12 Euro*

Der vorliegende Sammelband fasst die Beiträge einer deutsch-französischen Konferenz zusammen, die im Februar 2005 an der Evangelischen Akademie Loccum stattfand (vgl.

dazu den Bericht dfi aktuell 1/2005). Im Mittelpunkt standen vor allem zwei Fragen: Wie können Stabilität und Wachstum (wieder) erreicht werden? Gibt es ein kontinentaleuropäisches Kapitalismusmodell, das einer erweiterten EU-25 Halt und Orientierung geben kann, trotz der Verlockungen, die gerade für die neuen EU-Mitglieder von dem amerikanischen Modell und seiner größeren Staatsferne ausgehen? Die Debattebeiträge der Experten aus Frankreich und Deutschland sind in diesem Band zusammengefasst.

Aus dem Inhalt:

- Die Suche nach einer neuen Wirtschaftsdynamik
- Globalisierung, technischer Fortschritt und EU-Erweiterung
- Vom „Modell Deutschland“ zur Erosion der Sozialpartnerschaft
- EU-Haushalt und Steuerharmonisierung
- Nationale Haushalte und europäische Geldpolitik
- Die Beschäftigungspolitik in Frankreich
- Die Entwicklung des französischen Systems der Krankenversicherung
- Wie sieht die Zukunft für ein europäisches Wirtschafts- und Sozialmodell aus?
- Europäisches Kapitalismusmodell: Konturen, Dimensionen, Kontroversen
- Deutschland und Frankreich – Gemeinsame Handlungsmöglichkeiten im größeren Europa

Henrik Uterwedde (uterwedde@dfi.de)

**Wir wünschen unseren Leserinnen und Lesern
frohe Festtage und ein gutes Jahr 2006!**